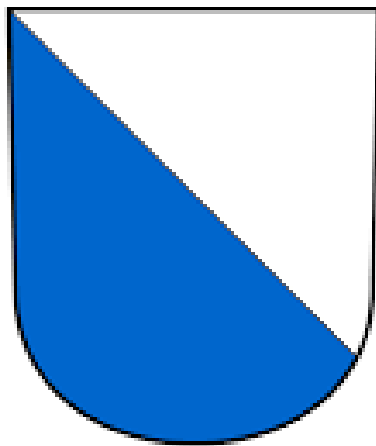


# **Berichte aus Stadt und Kanton Zürich**



**1. Hälfte Dezember 2021**

## 1. Dezember

Die Universität Zürich betreibt ein digitalisiertes Prüfungssystem, das sie in die Abhängigkeit amerikanischer IT-Konzerne gebracht hat. Jetzt plant sie einen Befreiungsschlag und schreibt die Beschaffung eines eigenständigen Prüfungssystems aus. Nähere Auskünfte dazu sollen bis Mitte März vorliegen. Die Inbetriebnahme soll dann im nächsten Herbstsemester erfolgen.

Beim Innovationspark auf dem Flugplatz Dübendorf scheint nicht Alles rund zu laufen. In einer Fraktionserklärung im Kantonsrat rügen die SP und die Grünen die «mangelnde Unabhängigkeit» des Projektdelegierten der vom Regierungsrat eingesetzten Taskforce. Dieser übernimmt auch die Leitung des Rüstungsbetriebes Ruag, die ja auch auf dem Flugplatzareal angesiedelt ist und eigene Ansprüche stellt. Zusätzlich bekleidet er auch das Amt eines Präsidenten der Stiftung Innovationspark und ist Mitglied des Universitätsrates. Aber noch nicht genug: Er ist auch Verwaltungsrat der Firma Arealentwicklung Innovationspark Zürich AG. Wie nennt man so was? Natürlich: Filz!

Zwar hat Corona einen Wachstumsstopp der Stadt Zürich bewirkt, aber bereits im September ist die Stadt wieder um rund 2000 Personen gewachsen. Während des Lockdown ist der Zuzug von Jahresaufenthalter:innen regelrecht eingebrochen, jetzt sind wieder mehr Jahresaufenthalter:innen nach Zürich gezogen. Die offenbar angestrebte oder auch nur erduldeten Vergrößerung unserer Stadt hängt von der Anzahl neu erstellter Wohnungen ab. Durchschnittlich haben diese pro Jahr um etwa 2'100 Einheiten zugenommen. Dies würde ein Wachstum bis im Jahre 2040 um rund 40'000 Menschen bedeuten, was einen Anstieg von zurzeit 436'000 Einwohner:innen auf 514'000 Einwohner:innen bringen würde.

## 2. Dezember

Das Bundesverwaltungsgericht entschied in einem Urteil, dass die durchgehende, nächtliche Temporeduktion auf der Autobahn A1 zwischen Zürich Nord und Brütisellen unverhältnismässig sei. Die Stadt Zürich und der Verkehrs Club sind in ihrem Kampf gegen eine Verfügung des Bundesamtes für Verkehr ASTRA, unterlegen. Die Reduktion von 100 km/h auf 80 km/h hätte mehrere Hundert Einwohner:innen von Lärm entlastet. Für den/die einzelnen Autofahrer:in hätte sich die Autofahrt um 56 Sekunden verlängert. Dies ist offenbar gemäss diesem Urteil der Wirtschaft nicht zuzumuten.

Im Gemeinderat wurden noch die nötigen Beschlüsse für einen Baustart auf dem Koch-Areal gefasst. Alle Parteien, mit Ausnahme der SVP, sagten dazu ja. Baubeginn soll 2023 sein.

## 3. Dezember

Die zuständige Kommission des Kantonsrates stimmte einstimmig einer Vorlage des Regierungsrates zu, die einen Systemwechsel bei der Unterstützung von Behinderten bringt und zwar von der Objekt- zur Subjektfinanzierung. Bisher wurden Menschen mit einer Behinderung nur dann unterstützt, wenn sie in einer Institution lebten. Diese Institutionen erhielten denn auch die Unterstützungen. In Zukunft erhalten die Betroffenen selbst dieses Geld und können damit die Unterstützung ihrer Wahl finanzieren, zum Beispiel in Wohngemeinschaften oder auch privater Art. Eine niederschwellige Abklärung soll die Höhe der Entschädigung festlegen.

Der Stadtrat präsentiert für das Jahre 2022 ein Budget mit Ausgaben von 9,5 Milliarden Franken und einem Defizit von 173 Millionen Franken. Das Eigenkapital beträgt in Etwa 1,2 Milliarden. Schuld am Defizit sind die Unternehmenssteuerreform und die Corona-Krise. Die Bürgerlichen stellen Kürzungsanträge von rund 100 Millionen, darunter, wie alljährlich, bei der Gleichstellungs-Stelle der Stadt. Die Linke will den Bau von Alters- und Familienwohnungen fördern und verlangt zusätzliche 50 Millionen. Die Budgetberatungen gehen weiter.

In einem Geflügelhof des Kantons wurde ein hoch ansteckendes Virus vom Typ Vogelgrippe entdeckt. 1'300 Geflügelhöfe müssen deswegen besondere Massnahmen ergreifen. Im direkten Umfeld des betroffenen Hofes sind 38 Höfe betroffen, die in einer definierten Schutzzone liegen, in einer Überwachungszone, in der strenge Schutz- und Hygienemassnahmen gelten, liegen 251 Höfe. Die Kantonstierärztin ist äusserst beunruhigt.

Gleich drei Gymnasialstandorte müssen einer Gesamtsanierung unterworfen werden. Auf dem Campus der Universität Irchel wird ein Provisorium erstellt, dass von den drei betroffenen Gymnasien, Zürich Nord, Rämibühl und Freudenberg (Enge) nacheinander benützt werden soll. Eine Sanierung dauert jeweils zwei Jahre. Gestartet wird im Jahr 2024.

#### 4. Dezember

An einer Veranstaltung im Schauspielhaus berichteten Flüchtlinge über ihre Erlebnisse bei ihrer Fahrt über das Mittelmeer. Im Publikum herrschte bei den detailreichen Schilderungen blankes Entsetzen. Organisiert wurde der Anlass vom Hilfswerk «SOS Méditerranée» und begleitet von Roger De Weck, der im Vorstand der Organisation mittut, Patti Blaser, der Salam-Poetin und Kabarettistin und dem Schriftsteller Franz Hohler. «Viele machen auch in einem solchen Hilfswerk deshalb mit, um ihr schlechtes Gewissen zu beruhigen, profitieren aber trotzdem von diesem System der Ausbeutung und der Ungleichheit.» meinte die Slam-Poetin.

#### 7. Dezember

Bei der VBZ herrscht wieder Normalbetrieb. Die Einstellung der Linie 17, die erfolgte, da zu wenig Rollmaterial vorhanden war, kann wieder rückgängig gemacht werden. Die Linie 6 fährt wieder auf ihrer angestammten Strecke vom Bahnhof Enge bis zum Zoo, wobei wieder an der Bahnhofstrasse eingestiegen wird. Die Linie 10 fährt wieder vom Löwenplatz zu Flughafen. Eine Neuerung in Nacht-netz: Die meisten Linien starten nicht mehr am Bellevue, sondern am Hauptbahnhof. Der Rufbus-Testversuch wird ausgeweitet und die Linie 66 bis zum Bahnhof Enge verlängert.

Der Kantonsrat bremst den Stadtrat von Zürich aus. Die Stadt wollte Anwärter:innen ohne Schweizer Pass zur Polizeischule zulassen, der Kantonsrat hat dies nun dank einem Vorstoss der SVP für das ganze Kantonsgebiet verboten. Alle bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der GLP, die Stimmfreigabe beschloss, folgten diesem fremdenfeindlichen Anliegen der SVP.

Die Ausfälle der öffentlichen Kitas, betragen pandemiebedingt 23 Millionen Franken. Der Kantonsrat hat jetzt beschlossen, diese Ausfälle auszugleichen, allerdings nur zu einem Drittel. Für den Rest sollen der Bund und die Gemeinde je hälftig geradestehen.

#### 8. Dezember

Im Kantonsspital Winterthur wollen die Angestellten nicht mehr länger Gratisarbeit leisten. Die Umkleidezeit wird ihnen nämlich nicht vergütet. Bei 20 Minuten pro Tag macht das aufs Jahr gerechnet 80 Stunden oder 2 Wochen. Die Frage ist in der Schwebe. Verschiedene Gerichtsverfahren der verschiedenen Gesundheitsinstitutionen sind hängig. Der Kanton als Arbeitgeber hat grundsätzlich akzeptiert, dass Umkleidezeit Arbeitszeit ist.

#### 9. Dezember

Das Klimaziel von NETTO NULL der Stadt Zürich wird vom Jahr 2030 auf 2040 verschoben. Im Jahre 2040 soll die Stadt also nicht mehr CO2 emittieren, als auf natürliche Weise abgebaut wird. Dies soll ohne Zukauf von Zertifikaten aus anderen Ländern geschehen, wohl aber die bei der Produktion der importierten Güter entstandene CO2-Menge mitberücksichtigen. Die «Klimaallianz» im Gemeinderat,

also AL, SP, Grüne, Grünliberale und EVP, die allerdings nicht im Rat vertreten ist, hat sich auf einen Kompromiss in diesem Sinne geeinigt. Grundtenor: 2030 wäre schön, aber 2040 in realistisch, aber immer noch sehr ambitioniert. Die Klimajugend ist empört.

Am 16. Juni verurteilte das Zürcher Obergericht den schon beinahe berühmten Brian zu einer Gefängnisstrafe von 6 Jahren und 4 Monaten. Und bereits jetzt, nach knapp 6 Monaten, hat das Bundesgericht dieses Urteil aufgehoben und gerügt, dass die Argumente der Verteidigung vom Obergericht zu wenig gewürdigt worden seien. Es ging hauptsächlich um die Haftbedingungen und die Foltervorwürfe um Brian und sein Vorleben. So wurde er ja schon als Zehnjähriger zum ersten Mal verhaftet und in ein Gefängnis für Erwachsene gesteckt. Mit zwölf sass er mehrere Monate in Haft «zu seiner Sicherheit». Traumatisierende Erlebnisse, die seinen weiteren Lebenslauf bestimmen sollten. Das Bundesgericht hat jetzt drei Mal innert kurzer Zeit in Sachen Brian Urteile des Obergerichtes aufgehoben, eine schallende Ohrfeige für das Zürcher Gerichtswesen!

10. Dezember

Wohnungsbau ist ein Wahlschlager. Die SP verlangt deshalb für die Stiftung PWG 5 Millionen für Abschreibungsbeiträge, für die Stiftung für kinderreiche Familien ebenfalls 5 Millionen und bei der Stiftung für Alterswohnungen ebenfalls 5 Millionen. Im Gemeinderat war man (auch von links her) der Meinung, die SP betreibe «reine Symbolpolitik», es sei wenig sinnvoll, an Stiftungen Abschreibungsbeiträge zu gewähren, die gar keine Wohnungen kaufen. Bewilligt wurden schliesslich für die PWG die verlangten 5 Millionen, bei der Stiftung Alterswohnungen 2 Millionen und auch die Stiftung einfach Wohnen erhielt 2 Millionen.

11. Dezember

Ausserordentlich rasch hat der Bezirksrat den Rekurs des Stadtrates abgewiesen und ihm damit verboten, weiterhin Hilfsgelder über NGOs an Sans Papiers auszuzahlen. Dem Stadtrat bleibt eine Rekursmöglichkeit an den Regierungsrat. Dort dürfte er aber chancenlos sein. Die Kaltschnäuzigkeit des Urteils überrascht. Mitten im Winter und mitten in der 5. Corona-Welle kappt man diese dringend nötige Hilfe für die Ärmsten dieser Gesellschaft.

Im Gemeinderat wurde das Budget 2022 verabschiedet. Das Defizit beläuft sich nun auf 192 Millionen Franken. Trotz dem negativen Entscheid des Bezirkrates bleiben im Budget 2 Millionen Franken eingesetzt für die Basishilfe von Sans Papiers. Dafür hat man dem Polizeidepartement die geplante Aufstockung um 10 neue Stellen verweigert.

13. Dezember

Zum ersten Mal seit langer Zeit wurde im Tagesanzeiger über eine Demonstration aus dem progressiven Lager ausführlich berichtet, es handelt sich um die gesamtschweizerische Demonstration gegen Gewalt gegen Frauen. Das Bündnis, es besteht aus über 80 feministischen und politischen Kollektive und Organisationen, «Ni Una Menos» organisierte diese Demonstration. Besammlungsort war der Helvetiaplatz, der von diesem Bündnis schon vor einiger Zeit in «Ni Una Menos-Platz» umgetauft worden war. Angeprangert wurden die sich häufenden Femizide. In diesem Jahr sind bereits 25 Frauen Opfer von Morden durch ihre (Ex)-Partner geworden. Unsere Gesellschaft nimmt diese schreckliche Zahl kaum zur Kenntnis. Es versammelten sich gut 2'000 Personen, zum ganz grossen Teil junge und ganz junge Frauen. Demonstrierende über 35 waren selten, ältere Männer noch seltener. Beim Umzug gab es an der Bahnhofstrasse bei den Max Bill-Plastiken einen Halt. Ein Transparent wurde auf den Figuren angebracht.

Offenbar hat die Forderung nach Transparenz sogar die noble Emil-Bührle-Stiftung erreicht. War bisher der Leihvertrag zwischen dem Kunsthaus und der Bührle-Stiftung geheim, so haben die beiden

Vertragspartner:innen jetzt beschlossen, den Vertrag Anfang nächsten Jahres zu veröffentlichen. Gleichzeitig wird an einem neuen Vertragswerk gearbeitet, der dem Kunsthaus weniger stark die Hände binden soll.

14. Dezember

Im Frühjahr dieses Jahres liess der Stadtrat von Zürich eine Bevölkerungsbefragung durchführen. Jetzt liegen die Ergebnisse vor. Erstellt wurde auch eine Rangliste der Zufriedenheit. Obenauf schwingt der Öffentliche Verkehr, der zu 60% die Note «sehr gut» erhält und zusätzlich noch zu 28% die Note «gut». Es folgen auf dieser Rangliste die «Einkaufsmöglichkeiten» und dann «Gesundheit und Pflege», die zu 84% gut und sehr gut erhalten. Am Ende der Skala figurieren «Wohnungen» «unzufrieden und extrem unzufrieden» mit 45 % und nur 5% mit «sehr zufrieden». Baut erschwingliche Wohnungen!

15. Dezember

Der Stadtrat publiziert einen detaillierten «Geschwindigkeitsplan», der für fast jede Strasse eine Fahr-Geschwindigkeit vorgibt. Der Plan soll in den nächsten 10 Jahren realisiert werden. Das generelle Tempo 30 ist vom Tisch, allerdings sollen auf 150 Kilometern Temporeduktionen eingeführt werden. Für gewisse Strassen ist eine Beschränkung auf 30 km/h für die Nacht geplant, für andere Strassen sind Lärmschutzwände vorgesehen.